- Beschlussvorlage
  Berichtsvorlage
  öffentliche Sitzung
  nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Datum:

☒ Fachausschuss	<u>Arbeit, Soziales und Gesundheit</u>	<u>19.11.2009</u>
☒ Fachausschuss	<u>Finanzen und Rechnungsprüfung</u>	<u>24.11.2009</u>
☒ Kreisausschuss		<u>01.12.2009</u>
☒ Kreistag		<u>09.12.2009</u>

Inhalt:

Klageerhebungen wegen Kostenerstattung gemäß § 2 Abs. 3 SGB X

Wenn Kosten entstehen:

Kosten €	Produktkonto	Haushaltsjahr	☐ Mittel stehen zur Verfügung
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung	Deckungsvorschlag:		
☐ Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung: €			

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Klageerhebungen gegen die in der Anlage genannten Landkreise wegen Feststellung der Kostenerstattungspflicht nach § 2 Abs. 3 SGB X für den Zeitraum vom 01.01.2005 bis zur Übernahme der Hilfgewährung durch die Beklagten.

zuständiges Amt:

<u>Sozialamt</u>	<u>A. Nitschmann</u> Amts-/Referatsleiter	<u>Lothar Thiele</u> Dezernent	<u>Klemens Schmitz</u> Landrat

abgestimmt mit Dez./Amt/Ref.:	Name	Unterschrift
II/J	Gesa Rothaug-Steffen	

Beratungsergebnis:

Kreistag/ Ausschuss	Datum	Stimmen		Stimm- enthaltung	Einstimmig	Laut Beschluss- vorschlag	Abweichender Be- schluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				
ASGA	19.11.09						
FRA	24.11.09						
KA	01.12.09						
KT	09.12.09						

Begründung:

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat bereits 1998 entschieden, dass für die Erstattung der Kosten, die nach dem Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in den neuen Bundesländern zum 01.01.1991 aufgewendet worden sind, auf den gewöhnlichen Aufenthalt vor der Aufnahme in eine stationäre Einrichtung zurückgegriffen werden kann.

Wurde der Hilfeempfänger vor dem 01.01.1991 in eine stationäre Einrichtung des Landkreises Uckermark aufgenommen und hatte er seinen gewöhnlichen Aufenthalt vor der stationären Aufnahme in einem anderen Bundesland, ist gemäß § 98 Abs. 2 SGB XII der Sozialhilfeträger des anderen Bundeslandes zuständig. Diese Zuständigkeit wurde seitdem in den Einzelfällen immer wieder hergestellt und die anderen Sozialhilfeträger mit der Übernahme der Fälle und zur Erstattung der vom Landkreis Uckermark erbrachten Leistungen verpflichtet (vgl. auch DS-Nr.: 224/2001).

Mit Ablauf des 31.12.2009 verjähren nun die Ansprüche auf Erstattung der dem Landkreis Uckermark im Jahr 2005 entstandenen Kosten. Zur Sicherung der Ansprüche muss daher vor dem 31.12.2009 vorsorglich fristwährend Klage erhoben werden.

Hinsichtlich der Erstattungsverfahren steht der Landkreis Uckermark in engem Kontakt mit den anderen zuständigen Sozialhilfeträgern, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Erstattungsforderungen weitestgehend auch befriedigt werden dürften. Die Fristen zur Abklärung der Höhe der zu erstattenden Leistungen laufen in den meisten Fällen jedoch erst Ende November 2009 aus, so dass vorsorglich der Beschluss des Kreistages über die Ermächtigung zur Klageerhebung einzuholen ist.

Sollte sich zum Zeitpunkt der Beschlussfassung ein anderer Stand in den Verfahren ergeben, wird kurzfristig eine Änderung der Beschlussvorlage vorgelegt werden.

Anlage

Anlage

lfd. Nr.	Landkreis	Aktenzeichen
1.	Uecker-Randow	501.E.C.
2.	Uecker-Randow	501.S.V.
3.	Uecker-Randow	501.L.A.
4.	Uecker-Randow	501.N.G.
5.	Uecker-Randow	501.M.R.
6.	Uecker-Randow	501.P.M.
7.	Uecker-Randow	501.Z.G.
8.	Bad Doberan	501.S.P.
9.	Güstrow	501.H.P.
10.	Ostvorpommern	501.B.U.
11.	Mecklenburg-Strelitz	501.S.E.
12.	Ludwigslust	501.D.F.
13.	Burgenlandkreis	501.H.U.
14.	Nordwest-Mecklenburg	501.L.M.

Drucksachenänderung DS-Nr.: 150/2009

In der Begründung zur DS-Nr.: 150/2009 wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich die Erstattungsverfahren in der laufenden Bearbeitung befinden und deshalb die jeweils aktuellen Abarbeitungsstände zu berücksichtigen sind.

Die dem Beschlussvorschlag der DS-Nr.: 150/2009 ursprünglich beigefügte Anlage ist deshalb wie folgt zu ändern:

lfd. Nr.	Landkreis	Aktenzeichen
1.	Bad Doberan	501.S.P.
2.	Güstrow	501.H.P.
3.	Ludwigslust	501.D.F.
4.	Burgenlandkreis	501.H.U.
5.	Nordwest-Mecklenburg	501.L.M.

Die Änderungen waren erforderlich, weil:

1. die in der ursprünglichen Liste enthaltenen Erstattungsverfahren gegen den Landkreis Uecker-Randow nicht gerichtlich erstritten werden müssen, da der Landkreis in allen noch offenen Verfahren auf die Einrede der Verjährung verzichtet hat,
2. der Landkreis Ostvorpommern den Erstattungsbetrag zwischenzeitlich gezahlt hat und
3. der Landkreis Mecklenburg-Strelitz den Fall jetzt in seine Zuständigkeit übernommen hat und die Verjährung damit noch nicht droht.

Klemens Schmitz